

NDB-Artikel

Maier, Reinhold Politiker, * 16.10.1889 Schorndorf (Württemberg), † 19.8.1971 Stuttgart.

Genealogie

V →Gottlieb (1847–1924), Stadtbaumeister u. Bauunternehmer in Sch., S d. Zimmermanns Joh. Georg in Waldhausen b. Sch. u. d. Eva Katharina Schmid;

M Anna Sophie (1857–1930), T d. Joh. David Kornbrust, Metzger u. Gastwirt in Vaihingen/Enz, u. d. Auguste Elisabeth Plannfisch;

B Hermann (s. 2);

- ⚭ 1929 Gerta (* 1902), T d. →Eduard Goldschmidt (1869–1955), Rechtsanwalt in St., u. d. Magda Magnus;

1 S, 1 T.

Leben

Nach dem Besuch der Volks- und der Lateinschule in seiner Vaterstadt sowie des Dillmann-Realgymnasiums in Stuttgart studierte M. 1907-11 in Grenoble und Tübingen die Rechte. Aus dem Referendariat meldete er sich im August 1914 als Freiwilliger, um danach bis Kriegsende (seit 1917 als Leutnant d. Res.) sowohl an der Ost- wie an der Westfront eingesetzt zu werden. Nach Ablegung der 2. Staatsprüfung im Juni 1919 wurde er 1921 bei Gerhard Anschütz in Heidelberg promoviert. 1920-30 praktizierte er als Rechtsanwalt in der renommierten Stuttgarter Kanzlei Loewenstein/Kiefe.

Schon bei der Reichstagswahl von 1912 engagierte sich M., der einem traditionell linksliberal-demokratischen Elternhaus entstammte, für die Fortschrittliche Volkspartei (FVP). Im Herbst 1918 trat er der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei und war 1919/20 deren hauptamtlicher Parteisekretär in Oberschwaben. 1924 wurde er zum Vorsitzenden der DDP für Groß-Stuttgart gewählt, rückte aber erst 1929 auch in den Landesvorstand der Partei auf. Als ausgewiesener Sachwalter der Interessen des gewerblichen Mittelstands übernahm er nach heftigem innerparteilichen Zwist mit Unterstützung des DDP-Landesvorsitzenden Peter Bruckmann am 19.1.1930 das Amt des württ. Wirtschaftsministers im Rechtskabinett Bolz-Bazille. In dieser Funktion unterstützte er zwar grundsätzlich die Deflationspolitik Brüning's; gleichzeitig versuchte er aber auch mit einigem Erfolg, die Wirtschaft durch öffentlich finanzierte Notstandsprogramme zum Ausbau der Infrastruktur (Bahnelektrifizierung, Neckardurchstich bei Heilbronn) anzukurbeln und dadurch die Arbeitslosigkeit

zu senken. Entgegen allen Autarkieplänen beharrte er konsequent auf dem Prinzip des Freihandels, dessen Geltung für das Überleben der hochspezialisierten Württemberg. Exportindustrie unbedingt notwendig war. Im Gegensatz dazu erstrebte er, freilich erfolglos, Schutzzölle für die Veredelungslandwirtschaft und besonders für die süddeutsche Holzwirtschaft. Insofern fehlte seiner Wirtschaftspolitik die innere Geschlossenheit. Ein wichtiges Anliegen war ihm der Schutz des Mittelstands in Handel und Gastronomie vor der vermeintlich übermächtigen Konkurrenz durch Kaufhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Auf seine Initiative hin ergingen unter Brüning und Schleicher entsprechende Schutzverordnungen der Reichsregierung, doch blieb seine Hauptforderung nach Einführung einer allgemeinen Konzessionspflicht unerfüllt. Nach der Wahl eines nationalsozialistischen Staatspräsidenten (Wilh. Murr) am 15.3.1933 schied M. mit der Regierung Bolz aus dem Amt.

Nachdem er bei der württ. Landtagswahl vom 24.4.1932 erstmals ein Parlamentsmandat errungen hatte, wurde M. am 6.11.1932 und erneut am 5.3.1933 auch in den Reichstag gewählt. Während der Wahlkämpfe zeigte er sich als ebenso scharfer Gegner der Nationalsozialisten wie der Deutschnationalen. Gleichwohl setzte er gegen die Bedenken von Heuss und Hermann Dietrich durch, daß die fünf Abgeordneten der Deutschen Staatspartei am 23.3.1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Er selbst gab im Plenum die entsprechende Erklärung ab. Damit lud er in dem Glauben, nur durch eine Zustimmung wenigstens die Existenz des Reichstags retten zu können, eine schwere Hypothek auf den deutschen Liberalismus, die ihn nach Kriegsende auch persönlich belastete, als sein Votum vom März 1933 zu Beginn des Jahres 1947 in einem Spruchkammerverfahren und in einem Untersuchungsausschuß des Landtags von Württemberg-Baden kritisch durchleuchtet wurde. Aus beiden Verfahren ging er indes unversehrt hervor. Daß die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zumindest ein politischer Fehler gewesen war, mochte er bis an sein Lebensende niemals eingestehen. Im Juli 1933 wurde M. das Reichstagsmandat aberkannt. Bis Ende 1944 war er nun wieder als Anwalt tätig – vorwiegend in Nordbaden und in der Pfalz, weil seine frühere Stuttgarter Klientel ihn mied. Wegen der jüdischen Herkunft seiner Frau wurde seine Familie von den nationalsozialistischen Machthabern wiederholt drangsaliert. Doch konnte M. wenige Wochen vor dem Beginn des 2. Weltkriegs die Genehmigung für Frau und Kinder zur Ausreise nach England erlangen, während er selbst in Stuttgart blieb.

M. trat nach der Kapitulation zunächst als unbezahlter Assistent in die Dienste des Landrats von Schwäb. Gmünd. Wegen seiner Kompetenz in Wirtschaftsfragen beauftragten ihn die Amerikaner im August 1945 mit der Bildung einer Regierung für Nordwürttemberg und Nordbaden. Am 14. September nahm diese Regierung ihre Tätigkeit auf, zehn Tage später wurde sie vom amerikan. Militärgouverneur des neuen Landes Württemberg-Baden vereidigt. Zur selben Zeit gründete Wolfgang Haußmann in Fortführung der Traditionslinien des württ. Linksliberalismus die Demokratische Volkspartei (DVP), die später als Landesverband der Freien Demokratischen Partei (FDP) firmierte. M. nahm am Aufbau der DVP nur geringen Anteil, verhalf ihr jedoch dank seiner hohen Popularität als Regierungschef zu großen Wahlerfolgen.

Als Ministerpräsident eines Allparteienkabinetts (bis 1950 bzw. bis zum Ausscheiden der KPD 1948) bemühte sich M. vor allem um den Wiederaufbau der zerstörten Verkehrswege, die weitere Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, die Sicherung der Ernährung und die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Obwohl er die Entnazifizierungsmaßnahmen der Amerikaner von Beginn an ablehnte, führte er sie doch weitgehend loyal durch. Heftigen Widerstand leistete er aber gegen alle Reformbestrebungen der Besatzungsmacht, mit denen diese versuchte, die deutsche Gesellschaft gegen einen neuen Nazismus zu immunisieren. So bekämpfte er mit wechselndem Erfolg die Bodenreform, die Dekartellisierung, die Reform der Sozialversicherung und des Öffentlichen Dienstes, die Herstellung vollständiger Gewerbefreiheit, schließlich auch die liberale Presse- und Rundfunkpolitik der Militärregierung. In diesen Bereichen versuchte er überall, echt oder vermeintl. bewährte Einrichtungen aus früherer Zeit zu erhalten und die Kontinuität zur Weimarer Republik zu wahren. Leidenschaftlich setzte sich M. (vor allem bei den beiden Bremer Konferenzen 1946 und bei der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947) für die Überwindung der Zonengrenzen und die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein. Nur zögernd ließ er sich daher im Verlaufe des Jahres 1948 für das Konzept eines eigenständigen Weststaats gewinnen. Im selben Jahr ergriff er die Initiative zur Vereinigung der von den Besatzungsmächten 1945 geschaffenen drei südwestdeutschen Länder. In Gebhard Müller, dem Staatspräsidenten von (Süd-) Württemberg-Hohenzollern fand er hierfür einen kongenialen Partner, in Leo Wohleb, dem Staatspräsidenten (Süd-) Badens einen erbitterten Gegner. In der Folge hat sich M. um den Südweststaat vor allem dadurch verdient gemacht, daß er mit Rücksicht auf die Verfassung seines eigenen Landes Württemberg-Baden, die eine Loslösung Nordbadens praktisch unmöglich machte, früher und eindringlicher als Müller auf ein erfolgversprechendes Abstimmungsverfahren hinarbeitete. Alle einschlägigen Regelungen im Grundgesetz und in den Bundesgesetzen gehen indes wiederum auf Initiativen des Tübinger Staatspräsidenten Müller zurück. Das Wort von den „Vätern“ des Südweststaats hat daher durchaus seine Berechtigung.

Als einziger eingesetzter Regierungschef in der US-Zone wurde M. im Dezember 1946 vom ersten gewählten Landtag in seinem Amt bestätigt. Im Verlauf der anschließenden Legislaturperiode kam es jedoch zu heftigen Spannungen innerhalb der Regierung, vor allem mit der CDU. Dies, der Streit mit dem amerikan. Landeskommisar GeneralGross zu Beginn des Jahres 1950 und das Scheitern der Pläne zu einer einschneidenden Verwaltungsreform im Sommer 1950 vergällten M. das Amt und ließen Rücktrittspläne in ihm reifen. Als die CDU bei der zweiten Landtagswahl jedoch eine herbe Niederlage erlitt und sich nachfolgend jeder Regierungsverantwortung verweigerte, bildete er im Januar 1951 ein Kabinett aus FDP und SPD, das bis zu der durch die erfolgreiche Volksabstimmung im Dezember 1951 möglich gewordenen Gründung des Südweststaats am 25.4.1952 mit beachtlicher Effizienz arbeitete.

Mit Rücksicht auf die Kulturpolitik setzte M. als entschiedener Gegner jeder Konfessionalisierung des Schulwesens die Koalition mit der SPD (diesmal unter Einschluß des BHE) auch im neuen Bundesland zur großen Enttäuschung

der CDU und trotz massiver Drohungen aus der Wirtschaft fort. Er geriet jedoch bald in heftige Strudel, als er den EVG-Vertrag und damit den Kurs der Westintegration der Bundesrepublik im Bundesrat mit den Stimmen Baden-Württembergs zu Fall zu bringen suchte. Unter massivem Druck der Bundesregierung, des Bundespräsidenten und vor allem der Bundes-FDP mußte er schließlich nachgeben und die Verträge passieren lassen. Die dadurch düpierte Südwest-SPD verständigte sich daraufhin insgeheim mit der CDU. Um einem möglichen Sturz zuvorzukommen, entschloß sich M. deshalb zum Rücktritt, den er nach dem überwältigenden Erfolg Adenauers bei der Bundestagswahl im September 1953 vollzog. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Gebhard Müller.

1953-56 und 1957-59 gehörte M. dem Bundestag an, ohne dort freilich stärker hervortreten. Beide Male legte er sein Mandat aus freien Stücken nieder. Nach den Turbulenzen, die durch die Abspaltung des Ministerflügels 1956 bei der Bundes-FDP ausgelöst wurden, und dem damit einhergehenden Machtverfall Thomas Dehlers wurde M. im Januar 1957 als Garant der Kontinuität zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Nennenswerten Einfluß übte er in diesem Amt jedoch nur bis zur Bundestagswahl desselben Jahres aus, die der FDP indes nicht den erhofften Erfolg brachte, Adenauer und der CDU dagegen die absolute Mehrheit. M. resignierte daraufhin zusehends und überließ die Parteiführung immer mehr dem Landesverband Nordrhein-Westfalen unter Döring, Weyer, Mende und Scheel. Im Januar 1960 verzichtete er auf eine Wiederwahl. Er behielt als Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit allerdings Sitz und Stimme im Bundesvorstand. Noch bis 1964 gehörte er dem Landtag von Baden-Württemberg an.

Mit seinen letzten politischen Initiativen versuchte M., 1966-69 die Neuorientierung der FDP zu verhindern. Erfolglos drängte er seine Partei im Dezember 1966 zum Abschluß einer Koalition mit der CDU in Baden-Württemberg, ebenso erfolglos machte er Front gegen die Wahl Walter Scheels zum Bundesvorsitzenden der FDP (1968) und die Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn (1969). M. starb kurz vor dem Freiburger Parteitag, auf dem die FDP ihren neuen Kurs auch programmatisch festschrieb.

M. war ein Landespolitiker mit großer Ausstrahlung. Er hat dazu beigetragen, die modernen Industriestrukturen im deutschen Südwesten zu schaffen und ständig weiter zu verbessern. Wenig Erfolg war ihm dagegen in der Reichs- und in der Bundespolitik beschieden. Obwohl er oft zu einer Vaterfigur des deutschen Liberalismus emporstilisiert wurde, lag ihm die eigentliche Parteiarbeit fern. Er war ganz und gar ein Mann der Exekutive, nicht frei von autoritären Zügen und gouvernementalen Attitüden. – Ehrenbürger v. Schorndorf, Welzheim u. Stuttgart; Großkreuz d. Bundesverdienstordens, baden-württ. Verfassungsmedaille in Gold.

Werke

Ende u. Wende, Das schwäb. Schicksal 1944–46, Briefe u. Tagebuchaufzeichnungen, 1948;

Bedrängte Familie, 1962;

Ein Grundstein wird gelegt, Die J. 1945–47, 1964 (P);

Erinnerungen 1948–53, 1966 (P);

Feldpostbriefe aus d. Ersten Weltkrieg 1914–18, 1966 (P);

Die Reden, Eine Auswahl, I, Einl., Zus.stellung u. verbindender Text v. W. Hofmann, 1982 (P).|

Nachlass

Nachlaß: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, vgl. Nachlaß R. M., Inventar Q 1/8, bearb. v. W. Braunn, 1980; Gummersbach, Archiv d. Dt. Liberalismus.

Literatur

F. Treffz-Eichhöfer, R. M., Sein Weg u. s. Wollen, 1953;

W. Besson, Württemberg u. d. dt. Staatskrise 1928–33, Eine Stud. z. Auflösung d. Weimarer Rep. 1959;

W. Stephan, in: liberal 6, 1964, S. 28-31;

ders., Aufstieg u. Verfall d. Linksliberalismus 1918–33, Gesch. d. Dt. Demokrat. Partei, 1973;

H. Vietzen, R. M., Bildnis e. schwäb. Staatsmannes, in: Heimatbuch 1964 f. Schorndorf u. Umgebung, hrsg. v. I. C. Rösler, 1964, S. 15-24;

J. M. Gutscher, Die Entwicklung d. FDB v. ihren Anfängen bis 1961, 1967;

E. Konstanzer, Die Entstehung d. Landes Baden-Württemberg, 1969;

P. Sauer, Demokrat. Neubeginn in Not u. Elend, Das Land Württemberg-Baden 1945–52, 1978 (P);

Die FDP/DVP in Baden-Württemberg u. ihre Gesch., hrsg. v. P. Rothmund u. E. R. Wiehn, 1979;

R. M., Festschrift z. 90. Geb.tag, 1979 (P);

G. Berg, R. M., in: Persönlichkeit u. Pol. in d. Bundesrep. Dtlid., Pol. Porträts, hrsg. v. W. L. Bernecker u. V. Dotterweich, II, 1982, S. 60-70;

B. Burkhardt, R. M., in: Ausst.kat. Stuttgart im Dritten Reich - Prolog, Pol. Plakate d. späten Weimarer Republik, Redaktion: K. Fuchs, 1982, S. 25-31 (P);

W. Hofmann, in: Demokraten, Profile unserer Republik, hrsg. v. C.-H. Casdorff, 1983, S. 196-207 (P);

D. Hein, Zwischen liberaler Milieupartei u. nat. Sammlungsbewegung, Gründung, Entwicklung u. Struktur d. Freien Demokrat. Partei 1945-49, 1985;

G. Serfas, „Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“, Der Neubeginn d. Demokrat. Volkspartei in Württemberg-Baden 1945-46, 1986;

eigene Archivstudien.

Autor

Klaus-Jürgen Matz

Empfohlene Zitierweise

, „Maier, Reinhold“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 697-699 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
